

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Herbst 2026

Michael Berlemann | Jörg Hinze



Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 3/2026

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | Juni 2026

Deutsche Konjunktur 2026/27: Erholungstendenzen - aber Reformnotwendigkeiten bleiben

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamts in der ersten Hälfte dieses Jahr besser entwickelt als geopolitische Belastungen und die negative Stimmung hierzulande hätten erwarten lassen; das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich in diesem Zeitraum um 0,75 %, auf Jahresbasis um 1,5 %. Gleichzeitig wurden wichtige Reformvorhaben – wie die Gesundheitsreform (in Kraft), eine Rentenreform und eine Steuerreform (beide als Entwurf) – auf den Weg gebracht. Überdies haben sich mehrere Konjunktur- und Klimaindikatoren verbessert; der hier zum Ausdruck kommende Stimmungsumschwung zum Positiven spiegelt sich allerdings nicht immer in der öffentlichen Meinung wider. Abgesehen davon verdeutlicht die weiterhin schwache private Investitionstätigkeit den nach wie vor bestehenden Bedarf an Strukturreformen.

Aktuell halten der Irankonflikt und die Störung der Straße von Hormus weiter an. Und in Deutschland stehen mehrere Landtagswahlen an – mit gegebenenfalls problematischen Auswirkungen auch auf die Regierungskoalition, den Reformprozess und die Stimmung in der Wirtschaft. Hier wird davon ausgegangen, dass die aktuelle Bundesregierung ihre Arbeit fortsetzt, wenn auch unter eventuell erschwerten Bedingungen. Auch wenn der Ölpreis momentan stark schwankt, ein weiterer drastischer, dauerhafter Anstieg der Energiepreise scheint aber wenig wahrscheinlich. Unter diesen Bedingungen sollte sich die deutsche Wirtschaft zunächst leicht, im kommenden Jahr stärker aufwärts entwickeln. Das reale Bruttoinlandsprodukt würde dann im Jahresdurchschnitt 2026 um 1 ¼ % und 2027 - bei Deeskalation des Irankonflikts und Umsetzung der Reformpolitik – ebenfalls um 1 ¼ % wachsen.

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise bewegte sich in letzter Zeit knapp unterhalb von 3 %. Das lag vor allem an deutlich erhöhten Energiepreisen (10,5 %); ohne diese betrug die Teuerungsrate 2,2 %. Vom bisherigen Energiepreisschock werden noch einige Kostenanstöße ausgehen, bei künftig eher rückläufigen Ölpreisen sollte die Inflationsrate aber bald ihren Höhepunkt überschreiten. Im Jahresdurchschnitt 2026 würde sie dann etwas mehr als 2 ½ % betragen. 2027 könnte sie sich wieder auf 2 % hin bewegen.

Zweifelsohne birgt diese Prognose erhebliche Risiken - sowohl im geopolitischen wie auch im innenpolitischen Umfeld - in sich, doch liegen diese im spekulativen Bereich.

HWWI Prognosen

Ansprechpartner

Jörg Hinze

Editiert von

Michael Berlemann

© HWWI

VGR-Revisionen und 2. Quartal zeichnen verbessertes Konjunkturbild

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes im ersten Halbjahr 2026 deutlich günstiger entwickelt als zu erwarten gewesen war. Demnach ist das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,4 % und im zweiten Quartal - trotz Irankriegs und Reformzwist - um 0,3 % jeweils gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr betrug das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr fast 1 %; nach den vormaligen offiziellen Zahlen und Prognosen - und nicht nur - des HWWI war knapp die Hälfte erwartet worden

Wie lässt sich das erklären? Wie üblich hat das Statistische Bundesamt im Rahmen seiner „Sommerüberarbeitung“ der VGR (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) die inzwischen neu verfügbaren Daten für die Vergangenheit berücksichtigt und die VGR-Daten für die letzten Jahre entsprechend revidiert. Vor allem die Zahlen seit 2024 wurden angehoben, z.B. das Jahresergebnis für 2024 von -0,5 % auf 0 %. Dabei ergaben sich überdies leicht höhere Zuwächse für das 4. Quartal 2025 und für das 1. Quartal 2026, und auch das 2. Quartal wurde gegenüber der ersten Schnellmeldung noch einmal nach oben revidiert. Unabhängig davon lag gleichwohl das Wachstum im 2. Quartal angesichts des schwierigen Umfelds über den Erwartungen.

Sonderfaktoren überdeckten im zweiten Quartal Krisenerscheinungen

Die infolge des Irankriegs stark gestiegenen Energiepreise haben die deutsche Wirtschaft offensichtlich weniger stark belastet als befürchtet, nicht zuletzt weil einige Sonderfaktoren den Energiepreisschock überlagerten. Der private Verbrauch entwickelte sich verhalten, aber er nahm noch geringfügig zu. Zwar stiegen insbesondere die Kraftstoffpreise spürbar an. Ein stützender Faktor war jedoch der sog. Tankrabatt im Mai und Juni, der die Realeinkommen der privaten Haushalte, aber auch die Logistikkosten der Unternehmen entlastete; das schlug sich zeitweilig auch in einer Dämpfung der Inflationsrate nieder. Überdies sind – auch dank der neuen Fördermaßnahmen für E-Autos, zumal vor dem Hintergrund infolge des Irankriegs deutlich erhöhter Kraftstoffpreise – die PKW-Käufe bzw. –Neuzulassungen im 2. Quartal kräftig, um 12 %, gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die Investitionen insgesamt gingen weiter leicht zurück, obwohl Staatsaufträge für Infrastruktur und Verteidigung in allen Investitionssparten – Bau, Ausrüstungen, sonstige Anlagen – stützend wirkten. Der Rückgang der privaten Investitionen zeigt, dass weiterhin Reformbedarf zur Verbesserung der Standortbedingungen besteht. Vor allem aber setzte sich die Erholung der Exporte weiter fort. Zwar nahmen auch die Importe deutlich zu, aber weniger als die Ausfuhren; so dass von außen der stärkste Wachstumsbeitrag, nämlich 0,2 %, kam. Ein weiteres Zehntel Wachstumsbeitrag kam von Seiten der Vorratsveränderungen. Das bedeutet: Der Wachstumsbeitrag seitens der Binnennachfrage war - trotz erhöhter staatlicher Nachfrage - Null; im ersten Quartal war er sogar deutlich negativ (-0,4 %). Die am BIP-Wachstum gemessene Erholung der Wirtschaft hat insofern noch keine fundamentale Breite; insbesondere die privaten Investitionen - mitentscheidend für das Potenzialwachstum - sind davon noch nicht erfasst.

Die Sonderfaktoren, die die Wirtschaftsentwicklung im zweiten Quartal stützten, werden im laufenden, dritten Quartal nicht mehr so weiterwirken. Der Tankrabatt galt lediglich im Mai und Juni, fällt somit weg; die wieder höhere Inflationsrate bedeutet letztlich einen Realeinkommensverlust für die privaten Verbraucher. Nach dem sprunghaften Anstieg der PKW-Neuzulassungen im zweiten Quartal wäre schon deren Stabilisierung ein gutes Ergebnis, einen zusätzlichen konjunkturellen Impuls von dieser Seite gäbe es aber nicht. Zudem dämpften die Hitzeperioden in den vergangenen Monaten die Wirtschaftsleistung, sei es durch Ernteschäden, erhöhte Energie- und Logistikkosten (besonders bei der Binnenschifffahrt), Krankheitsausfälle und eine niedrigere Arbeitsproduktivität in besonders betroffenen Wirtschaftsbereichen. Die positiven Hitzeeffekte von zusätzlichen Getränkeverkäufen bis hin zu Tourismus und bestimmten Freizeitaktivitäten können die vorgenannten negativen Effekte nicht kompensieren. Unter diesen Bedingungen wird die Produktionsentwick-

lung in Industrie und Bau trotz verbesserter Auftragslage von daher schwächer ausfallen. Selbst wenn die Exporte sich weiter stabilisieren, nehmen auch die Importe zu, so dass insgesamt vom Außenhandel kaum mehr ein Wachstumsbeitrag zu erwarten ist. Alles in allem dürfte das preis- und saisonbereinigte BIP im dritten Quartal kaum zunehmen.

Gravierende Marktverschiebungen im deutschen Außenhandel

Die deutschen Exporte haben sich nach vier Jahren der Schwäche in der ersten Hälfte dieses Jahres mal wieder als „Konjunkturmotor“ hervorgetan, allerdings kommen sie von zuvor deutlich gedrücktem Niveau und verzeichnen erhebliche Marktumwälzungen.

Preisbereinigt sind die Ausfuhren in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres merklich stärker als die Importe gestiegen und haben so einen entscheidenden Wachstumsbeitrag geleistet. Damit haben sie allerdings erst knapp das Niveau von 2022 wieder erreicht; die Exporte von Waren lagen noch darunter. Nominal nahmen die Warenexporte in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 31 Mrd. Euro bzw. knapp 4 % zu. Allerdings sind die Importe aufgrund stärker steigender Preise - Verschlechterung der Terms of Trade - in nahezu gleichem Umfang gestiegen, um knapp 32 Mrd. Euro bzw. 4,7 %. Der Außenhandelsaldo war in dieser Zeit mit gerundet 106 Mrd. Euro ebenso hoch wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Und auch die Leistungsbilanz war mit einem Überschuss von etwas mehr als 106 Mrd. Euro quasi auf Vorjahresniveau (107 Mrd. Euro).

Die nominale Außenhandelsentwicklung erscheint damit auf den ersten Blick recht ausbalanciert. Im Einzelnen zeigen sich allerdings starke Verschiebungen. Das gilt insbesondere für die beiden Haupthandelspartner Deutschlands, China und die USA. Das US-Geschäft wurde deutlich durch die US-Zollpolitik belastet, das China-Geschäft wird – nicht zuletzt aufgrund deren expansiver Exportstrategie - zunehmend zum Import-Geschäft. In beide Länder sind die deutschen Exporte im ersten Halbjahr 2026 stark gegenüber der ersten Jahreshälfte 2025 gesunken, nach China um mehr als 12 %, in die USA um fast 6 %. Gleichzeitig sind die Importe aus diesen beiden Ländern kräftig gestiegen, aus China um 9 %, aus den USA um 7 %. Gleichwohl konnte in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit den USA noch ein Handelsüberschuss in Höhe von gut 12 Mrd. Euro erzielt werden, während sich das Handelsdefizit mit China auf fast 30 Mrd. Euro ausweitete.

Der Exporteinbruch in vorgenannte Länder wurde vor allem durch deutlich erhöhte Ausfuhren in die EU-Länder, um 7,5 %, kompensiert. Auf der Importseite hingegen haben die Einfuhren aus den EU-Staaten unterdurchschnittlich zugenommen. Volumina von Exporten und Importen und nicht zuletzt der Handelsbilanzüberschuss von mehr als 100 Mrd. Euro allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres verdeutlichen die große Bedeutung dieser Wirtschaftsregion für die deutsche Wirtschaft.

Inflation auf erhöhtem Niveau – Stellenabbau verlangsamt sich

Der andauernde US-Iran-Konflikt sorgt weiter für stark schwankende Energiepreise - auf im Vergleich vor dessen Ausbruch deutlich höherem Niveau. Nach Auslaufen des Tankrabatts Ende sind die Kraftstoffpreise im Juli und in der Folge auch die Inflationsrate für die Verbraucherpreise wieder merklich gestiegen, die Kraftstoffpreise im Vormonatsvergleich um 11 % und im Vorjahresvergleich um 23 %. Im August erreichte die Inflationsrate insgesamt 2,9 %. Ansonsten gibt es recht unterschiedliche Inflationssignale. Mit den Energiepreisen haben sich auch die Importpreise und die gewerblichen Erzeugerpreise kräftig erhöht, beide seit Ausbruch des Irankriegs um 5 %. Hingegen waren die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise bis zuletzt rückläufig, im Vorjahresvergleich ermäßigten sie sich um knapp 14 %. Das hat stabilisierende Wirkung auf die Nahrungsmittel im Verbraucherpreisindex, die sich im Vorjahresvergleich kaum verteuerten (im August: 0,1 %). Das trug dazu bei, dass sich die sog. Kernrate in den letzten Monaten nicht erhöht hat (zuletzt 2,4 %). Da die aktuelle Inflationsentwicklung maßgeblich von den Energiepreisen bestimmt wird, sollte bei

nicht noch weiter drastisch steigenden Ölpreisen die Anstiegsrate der Verbraucherpreise insgesamt ihren Höchststand erreicht haben.

Die Erholungstendenzen der deutschen Wirtschaft im bisherigen Jahresverlauf schlagen am Arbeitsmarkt noch nicht nachhaltig durch; allenfalls lassen sich Verlangsamungen der negativen Tendenzen ausmachen. In der Industrie hält der Beschäftigungsabbau weiter an, nicht zuletzt im Automobilbereich, und auch in anderen Wirtschaftsbereichen scheinen sich die Unternehmen aufgrund der verschiedenen Verunsicherungen bei Neueinstellungen noch zurück zu halten. Die negativen Trends bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, geringfügig Beschäftigten und Selbständigen setzten sich bis zuletzt fort; insgesamt war die Zahl der Erwerbstätigen zur Jahresmitte um etwas mehr als 300.000 niedriger als vor zwei Jahren. Gleichzeitig scheint der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen nahezu gestoppt, bei rund 3 Millionen. Allerdings sind vorgenannte Arbeitsmarktzahlen auch eher ein nachlaufender Konjunkturindikator. Als erste positive Signale der konjunkturellen Besserung lassen sich die Verringerung der konjunkturell bedingten Kurzarbeit sowie die bislang wenn auch nur minimale Erhöhung der Zahl der offenen Stellen deuten.

Unsicheres Prognoseumfeld

Die Rahmenbedingungen für diese Prognose werden durch vielfältige geopolitische und innenpolitische Unsicherheiten überlagert. Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran dauert nun schon länger an als erwartet und ein Ende, auch wenn die Kampfhandlungen nachgelassen haben, ist nicht absehbar. Zwischenzeitliche Vereinbarungen über Waffenruhe oder die freie Durchfahrt durch die Meerenge von Hormus haben sich als instabil erwiesen und der Ölpreis – vielleicht der wichtigste ökonomische Indikator für die Lage im Nahen Osten – schwankt entsprechend des aktuellen Geschehens dort hin und her – seit Ausbruch des Konflikts im Februar zwischen 73 und 107 USD, nach etwas mehr als 60 USD zuvor. Ein durchschnittlicher Ölpreis von 85 bis 90 USD, wie in letzter Zeit, würde zwar Kaufkraft reduzieren und Kosten erhöhen, wäre aber noch tragbar, insbesondere dann, wenn er nicht erneut dauerhaft stiege. Davon wird hier in der Folge ausgegangen. Umgekehrt hat die Entwicklung in jüngster Vergangenheit auch gezeigt, dass bei Aussicht auf Waffenruhe/Frieden die Ölpreise schnell wieder gesunken sind. Eine Deeskalation des Irankonflikts könnte dann über sinkende Energiepreise für einen zusätzlichen konjunkturellen Impuls sorgen.

Über dem Export schwebt weiterhin das Damoklesschwert unberechenbarer US-Zölle. Trump hat in der Vergangenheit oftmals kurzfristig recht willkürliche Zölle angekündigt, zuletzt etwa gegen Handelspartner des Iran. Der Iran ist zwar für Deutschland kein bedeutender Handelspartner, aber je nach Auslegung könnten schon bei geringen Exporten in den Iran die gesamten Exporte in die USA von zusätzlichen Zöllen betroffen sein. Ebenso betrifft das sog. Sekundärsanktionen, wie etwa gegen China, den wohl wichtigsten Handelspartner des Iran, wenn dann indirekt über Ölpreise, Finanzströme, Lieferketten, Welthandel auch Deutschland stärker betroffen sein könnte.

Die schlechte öffentliche Stimmung in der jüngeren Vergangenheit war auch durch Meinungsverschiedenheiten zu den erforderlichen Reformen innerhalb der Regierungskoalition mitverursacht. Die im September anstehenden Landtagswahlen in einigen ostdeutschen Bundesländern könnten bei ungünstigen Wahlergebnissen für Parteien der Regierungskoalition auch diese in neue Probleme bringen. Die dort regierenden, den Koalitionsparteien in der Bundesregierung angehörigen Ministerpräsidenten/-präsidentinnen haben bereits in der Rentenfrage (Stichwort: Rente mit 63) Opposition zur Regierungskoalition angekündigt. Bei für die Koalitionsparteien sehr ungünstigen Wahlergebnissen könnte sich das auch auf weitere Politikfelder ausdehnen und den Reformprozess behindern. Das würde einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entgegenstehen.

Bei diesem unsicheren Umfeld sind für die Prognose unterschiedliche Entwicklungen denkbar; hier wird die mit der als am höchsten erachteten Wahrscheinlichkeit abgeleitet. Es wird davon ausgegangen, dass sowohl die USA (nicht zuletzt aufgrund der hohen Kriegskosten) wie auch der

Iran (nicht zuletzt aufgrund des inzwischen zu verzeichnenden Wirtschaftseinbruchs) Interesse an einer Deeskalation des Konflikts haben. Dabei wird auch angenommen, dass die Straße von Hormus durchlässiger wird und sich die Öl- und Gasversorgung der Welt – die ohnehin weniger stark als befürchtet eingeschränkt war – verbessert. Das würde wahrscheinlich auch die Preise für Energie dämpfen. Die innenpolitische Situation dürfte schwierig bleiben. Diesbezüglich wird davon ausgegangen, dass die Parteien der Regierungskoalition sich der gebotenen Lage bewusst sind und die erforderlichen Strukturreformen weitgehend und auch in naher Zukunft umsetzen, damit nicht auch der nächste „Herbst der Reformen“ wirkungslos vorbeigeht. Bei diesem Umfeld würden sich im Prognosezeitraum die Rahmenbedingungen für eine Erholung der deutschen Wirtschaft in Ansätzen verbessern.

Expansive Fiskalpolitik muss durch Reformen ergänzt werden

Die bisherige Erholung der deutschen Wirtschaft wurde vor allem von den Fiskalprogrammen für zusätzliche Infrastrukturinvestitionen und für zusätzliche Verteidigungsausgaben sowie von wieder erstarnten Exporten getragen. Zweifelsohne ist eine funktionierende Infrastruktur ein wichtiger Faktor für einen nachhaltigen Aufschwung, der andere sind private Investitionen, vor allem in Ausrüstungen, Forschung und Digitalisierung. Hieran mangelt es noch, trotz verbesserter Abschreibungsbedingungen. Deshalb sind einmal die Reformen der Sozialversicherung erforderlich, um die Arbeitsnebenkosten zumindest zu stabilisieren, zum anderen weitere Reformen zur Entbürokratisierung, Verringerung der Energiekosten und letztlich eine Senkung der Unternehmenssteuern, nicht nur für Kapitalgesellschaften, sondern auch für Personenunternehmen. Ohne derartige Verbesserungen der Standortbedingungen würde das Wachstum mit Auslaufen der Fiskalanstöße wieder nachlassen.

2026: Höheres Wachstum dank Datenrevisionen und gutem 2. Quartal

Wie vorab beschrieben, hat sich die deutsche Konjunktur im bisherigen Jahresverlauf besser entwickelt als zunächst erwartet bzw. gemeldet. Das Statistische Bundesamt hat im Juli/August die Veränderungsdaten des preis- und saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts für die vorangegangenen drei Quartale um jeweils 0,1 % nach oben revidiert; dadurch hat sich die Basis für die Jahresprognose 2026 um 0,3 % erhöht. Hinzu kommt, dass das zweite Quartal aufgrund einiger Sonderfaktoren ebenfalls besser als erwartet ausgefallen ist und auch von daher die Ausgangsbasis für die Prognose dieses Jahres nun höher anzusetzen ist.

Eine Reihe von Konjunkturindikatoren hat sich inzwischen merklich verbessert, so dass auch in der zweiten Jahreshälfte tendenziell mit einer Fortsetzung der Erholung zu rechnen ist. Das bedeutet nach dem relativ starken 2. Quartal nicht unbedingt, dass im 3. und 4. Quartal mit nennenswerten Zuwächsen zu rechnen ist. Einige der Sonderfaktoren, die im 2. Quartal positiv wirkten, fallen nun – wie der Tankrabbat – weg und wirken insoweit negativ, ein anderer Faktor – wie die deutlich erhöhten Verkäufe von PKW, insbesondere E-Fahrzeuge – wirkt selbst bei anhaltend hohen Verkäufen lediglich neutral, bei nachlassenden Verkäufen ebenfalls negativ. Auch die Exportentwicklung dürfte sich kaum in dem Tempo fortsetzen. Und auch eine anhaltend hohe, aber nicht noch weiter erhöhte Vergabe von Staatsaufträgen wirkt lediglich neutral. Alles in allem ist so im dritten Quartal kaum mit einem nennenswerten Zuwachs des BIP zu rechnen; dies ist allerdings in erster Linie eine „technische Reaktion“ auf das durch Sonderfaktoren „gepushte“ zweite Quartal.

Im Schlussquartal dieses Jahres dürften sich dann die grundlegenden Konjunkturtendenzen wieder durchsetzen. Der private Verbrauch dürfte bei leicht steigenden Realeinkommen und sich stabilisierender Beschäftigung wieder zunehmen. Im Baubereich sollten sich die deutlich gestiegenen Baugenehmigungen und Aufträge, nicht zuletzt im Wohnungsbau, nun auch bei den Investitionen niederschlagen. Mit Fortsetzung des Reformprozesses sollten auch die Unternehmen

ihre Investitionsbereitschaft erhöhen, zumal sie auch mehr und mehr die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten (bis 2027) nutzen dürften. Selbst wenn von den bislang treibenden Faktoren – Staatsausgaben und Außenhandel – keine zusätzlichen Impulse kämen, dürfte das preis- und saisonbereinigte BIP im vierten Quartal moderat steigen. Unter vorgenannten Bedingungen sowie aufgrund des erhöhten Ausgangsniveaus im 1. Halbjahr und auch wegen der 2 ½ mehr Arbeitstage als 2025 kann das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2026 um 1 ¼ % zunehmen.

2027: Nochmals Wachstum von 1 ¼ % möglich

Für die Prognose 2027 wird im Grunde von ähnlichen geopolitischen und innenpolitischen Rahmenbedingungen wie für den restlichen Jahresverlauf 2026 ausgegangen – Deeskalation des US-Irakkonflikts, Verbesserung der weltweiten Ölversorgung bei eher rückläufigen Ölpreisen, nicht noch weiter verschlechterte Handelsbeziehungen mit den USA und China, innenpolitisch Fortsetzung der Regierungskoalition mit eher erhöhter Kooperation/Geschlossenheit bei der Umsetzung der erforderlichen Reformen. Soweit sich diese Bedingungen bereits im restlichen Jahresverlauf von 2026 einstellen, könnte sich die Stimmung bei Verbrauchern und Unternehmen merklich aufhellen und deren Kauf- bzw. Investitions- und Einstellungsbereitschaft erhöhen. Das wären die idealen Bedingungen für eine Fortsetzung der im Verlauf von 2026 der Tendenz nach in Gang gekommenen Erholung der deutschen Wirtschaft im kommenden Jahr.

Die fiskalischen Ausgabenprogramme für Infrastruktur und Verteidigung dürften im nächsten Jahr die Konjunktur ähnlich stützen wie in diesem. Davon, von den verbesserten konjunkturellen Perspektiven und nicht zuletzt von den erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten, die Ende 2027 auslaufen und Unternehmen deshalb für die Folgezeit geplante Investitionen vorziehen lassen dürften, werden auch die privaten Investitionen profitieren; die Ausrüstungsinvestitionen könnten deshalb 2027 besonders kräftig zulegen. Ähnliches gilt für die Bauinvestitionen; sie dürften sowohl wegen der staatlichen Infrastrukturmaßnahmen wie auch aufgrund der Erholung im Wohnungsbau deutlich zunehmen. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung werden die Unternehmen auch ihre Beschäftigung ausweiten, so dass die verfügbaren Einkommen und bei nachlassender Inflation schließlich auch der private Konsum merklich steigen werden.

Unter den hier getroffenen geopolitischen Annahmen sollten Weltwirtschaft und Welthandel moderat wachsen. Dann werden auch die deutschen Exporte entsprechend zunehmen. Da die Importe bei konjunktureller Erholung kaum langsamer steigen werden, wird von Seiten des Außenhandels insgesamt kaum ein Wachstumsbeitrag kommen. Bei Handels- und Leistungsbilanz sind dann keine großen Veränderungen zu erwarten. Insgesamt würde das reale Bruttoinlandsprodukt unter diesen Bedingungen im Jahresdurchschnitt 2027 – wie schon 2026, bei einem allerdings geringeren Arbeitstageeffekt – um 1 ¼ % zunehmen.

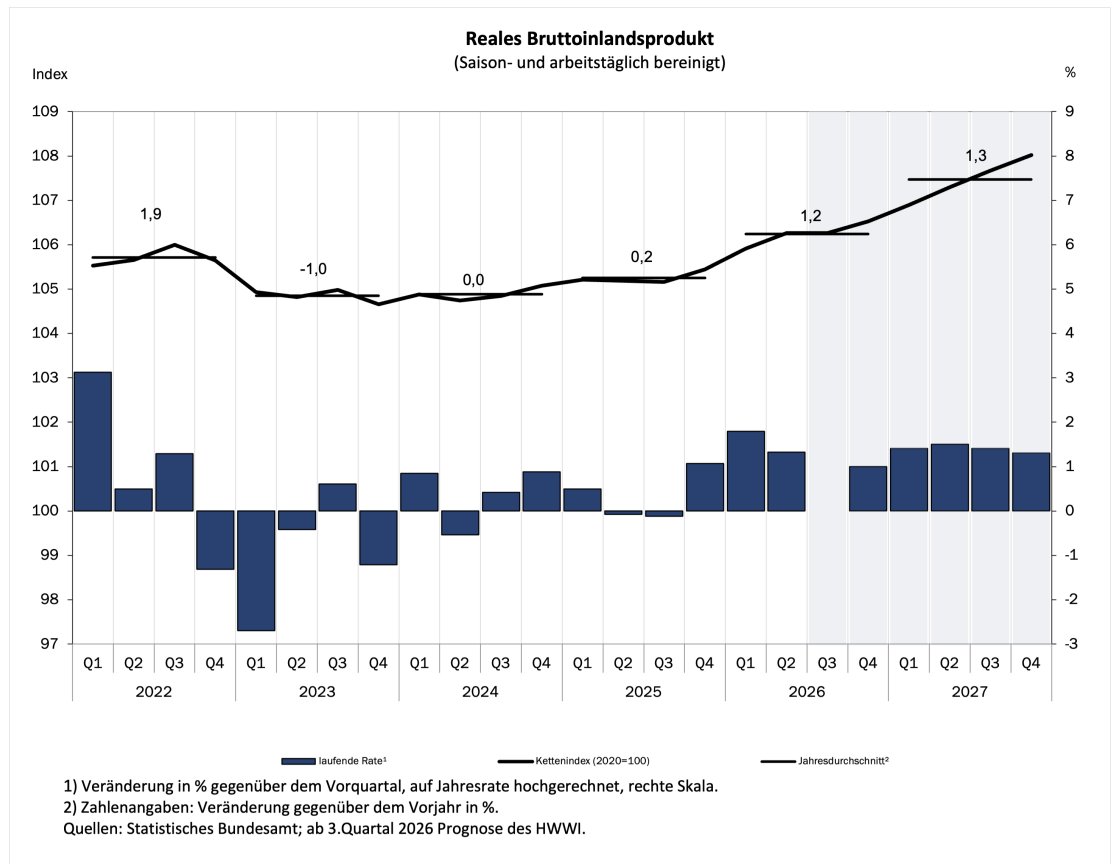


Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

Entspannung am Arbeitsmarkt - Inflation wieder Richtung 2 %

Die jüngsten Arbeitsmarktdaten haben bereits eine Verlangsamung des Stellenabbaus und Stabilisierung der Arbeitslosenzahlen signalisiert. Der Tiefpunkt am Arbeitsmarkt sollte bei der hier beschriebenen Konjunktorentwicklung bald erreicht sein; im Jahresdurchschnitt 2026 wird die Zahl der Erwerbstätigen gleichwohl um fast 200.000 niedriger sein als 2025. Mit fortschreitender Erholung werden die Unternehmen ihre Beschäftigung wieder ausweiten; neue Beschäftigungsrekorde sind aber auch bis Ende 2027 nicht zu erwarten. Die Zahl der Arbeitslosen wird dann sinken; die Arbeitslosenquote könnte dann zum Jahresende 2027 hin wieder unter 6 % fallen.

Aktueller Inflationstreiber sind in erster Linie die Energiepreise und auch die Inflationsausichten hängen entscheidend von deren Entwicklung ab. Unter den hier gemachten Annahmen würden die Preise zumindest nicht weiter drastisch ansteigen; allein dies – nämlich recht konstante Energiepreise – würde sich mit der Zeit dämpfend auf die Inflationsrate auswirken. Bei einer Deeskalation im Nahen Osten und erhöhter Ölversorgung würden die Energiepreise sogar wieder sinken – und in der Folge auch die Inflationsrate für die Verbraucherpreise insgesamt. Und auch die Preise auf den vorgelagerten Stufen, insbesondere die Erzeugerpreise, würden durch die Kostenentlastung wieder nachgeben. Eine Entwicklung der Anstiegsrate der Verbraucherpreise in Richtung 2 %, bei stärker sinkenden Ölpreisen sogar zeitweilig unter 2 %, sind dann möglich. Hier wird vor dem Hintergrund des jüngsten Rückgangs der Ölpreise auf unter 90 Dollar/Barrel für Brent davon ausgegangen, dass die Inflationsrate in diesem Jahr nicht weiter steigt und im Laufe des nächsten Jahres deutlich, zeitweilig unter 2 %, zurückgeht. Für die Jahresdurchschnitte 2026 und 2027 würde dies Teuerungsraten in Höhe von etwas über 2 ½ % und von 2 % bedeuten.

Prognoserisiken – politische, wirtschaftliche und quantitative

Angesichts der vielfältigen geopolitischen und innenpolitischen Unsicherheiten wären durchaus verschiedene Szenarien für die Wirtschaftsentwicklung im Prognosezeitraum 2026/27 denkbar. Manche Szenarien hätten aufgrund ihrer geringen Wahrscheinlichkeit eher spekulativen Charakter. Auch wenn die hier vorgestellte Prognose als die mit der höchsten Wahrscheinlichkeit erachtet wird, muss deren Wahrscheinlichkeit nicht unbedingt über 50 % liegen.

Die geopolitischen und innenpolitischen Unsicherheiten für diese Prognose wurden im Rahmen der Prognoseableitung zumeist benannt. Eine andere -oft wenig beachtete - Unsicherheit wurde ebenfalls vorgestellt, nämlich die Revision wichtiger ökonomischer Daten, insbesondere von VGR-Daten. Vor allem die aktuellsten Veröffentlichungen der jeweiligen zuletzt zurückliegenden Quartale basieren zu einem erheblichen Teil auf unvollständigen Daten am aktuellen Rand und auf Schätzungen. Merkliche Abweichungen zu späteren Revisionen können dann zu Fehleinschätzungen der vermeintlichen Wirtschaftsentwicklung führen. In konjunkturellen Umbruchphasen sind die Daten am aktuellen Rand besonders unsicher. Derartige Revisionen haben dann auch Auswirkungen auf die quantitativen Prognosen – wie zu einem gewissen Teil in diesem Jahr.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2023, 2024 und 2025 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten für Deutschland

	2023	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	-1,0	0,0	0,2	1,2	1,3
Private Konsumausgaben	-0,2	1,4	1,3	0,5	1,2
Konsumausgaben des Staates	-1,2	3,9	1,7	2,5	1,0
Anlageinvestitionen	-1,9	-2,1	-0,6	0,8	4,3
Ausrüstungen	-0,7	-4,7	-1,3	1,5	5,5
Bauten	-5,9	-2,4	-1,0	-0,4	3,4
Sonstige Anlagen	7,3	2,8	1,7	2,5	4,5
Inlandsnachfrage	-1,1	0,5	1,8	0,9	1,3
Ausfuhr	-0,9	-1,7	-0,9	3,3	2,1
Einfuhr	-1,0	-0,6	2,9	2,5	2,2
Erwerbstätige	0,6	0,1	-0,2	-0,4	0,1
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,61	2,79	2,95	3,00	2,87
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,4	5,7	6,1	6,2	5,9
Verbraucherpreise	5,9	2,3	2,2	2,6	2,0
Finanzierungssaldo des Staates	-2,2	-2,8	-3,0	-4,0	-4,0
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	5,5	5,8	4,5	4,4	4,2

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; ab 2026 Prognose des HWWI.

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2023	2024	2025	2026	2027
Erwerbstätige (Inland)	0,6	0,1	-0,2	-0,4	0,1
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0,3	0,5	-0,4	-0,6	-0,5
Arbeitstage	-0,8	-0,3	-0,3	1,0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,2	0,4	-0,8	0,0	0,1
Produktivität	-1,2	-0,3	1,1	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-1,0	0,0	0,2	1,2	1,3

Tabelle 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	3172,9	3313,5	3461,9	3594,5	3717,1
Private Haushalte einschl. OoE	2274,3	2359,2	2449,1	2528,7	2614,1
Staat	898,5	954,2	1012,8	1065,8	1103,0
Anlageinvestitionen	898,0	898,3	915,1	951,7	1015,6
Ausrüstungen	277,0	269,0	270,7	280,6	303,1
Bauten	454,2	456,4	466,0	483,6	512,7
Sonstige Anlagen	166,8	172,9	178,4	187,4	199,8
Vorratsveränderungen	28,7	18,5	52,4	45,1	28,6
Inlandsnachfrage	4099,6	4230,2	4429,4	4591,3	4761,3
Außenbeitrag	155,3	156,7	100,3	106,4	103,5
Ausfuhr	1826,6	1812,3	1816,0	1938,5	2024,2
Einfuhr	1671,3	1655,6	1715,7	1832,1	1920,7
Bruttoinlandsprodukt	4254,9	4386,9	4529,7	4697,7	4864,8
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	5,5	4,4	4,5	3,8	3,4
Private Haushalte einschl. OoE	6,3	3,7	3,8	3,3	3,4
Staat	3,6	6,2	6,1	5,2	3,5
Anlageinvestitionen	3,8	0,0	1,9	4,0	6,7
Ausrüstungen	5,0	-2,9	0,6	3,7	8,0
Bauten	1,4	0,5	2,1	3,8	6,0
Sonstige Anlagen	8,5	3,7	3,2	5,1	6,6
Inlandsnachfrage	4,4	3,2	4,7	3,7	3,7
Ausfuhr	0,2	-0,8	0,2	6,7	4,4
Einfuhr	-4,0	-0,9	3,6	6,8	4,8
Bruttoinlandsprodukt	6,1	3,1	3,3	3,7	3,6

Tabelle 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2721,6	2778,6	2818,2	2849,9	2881,7
Private Haushalte einschl. OoE	1934,9	1961,5	1987,2	1997,8	2021,3
Staat	786,5	817,3	831,5	852,6	860,9
Anlageinvestitionen	730,0	714,5	710,4	716,0	747,0
Ausrüstungen	241,0	229,8	226,8	230,2	242,8
Bauten	336,9	328,9	325,6	324,4	335,5
Sonstige Anlagen	155,5	159,8	162,6	166,7	174,2
Inlandsnachfrage	3488,8	3508,0	3569,3	3599,9	3646,5
Ausfuhr	1534,4	1507,9	1493,6	1542,9	1575,1
Einfuhr	1375,1	1367,1	1406,2	1441,7	1472,8
Bruttoinlandsprodukt	3645,6	3645,6	3654,0	3697,8	3745,4
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	-0,5	2,1	1,4	1,1	1,1
Private Haushalte einschl. OoE	-0,2	1,4	1,3	0,5	1,2
Staat	-1,2	3,9	1,7	2,5	1,0
Anlageinvestitionen	-1,9	-2,1	-0,6	0,8	4,3
Ausrüstungen	-0,7	-4,7	-1,3	1,5	5,5
Bauten	-5,9	-2,4	-1,0	-0,4	3,4
Sonstige Anlagen	7,3	2,8	1,7	2,5	4,5
Inlandsnachfrage	-1,1	0,5	1,8	0,9	1,3
Ausfuhr	-0,9	-1,7	-0,9	3,3	2,1
Einfuhr	-1,0	-0,6	2,9	2,5	2,2
Bruttoinlandsprodukt	-1,0	0,0	0,2	1,2	1,3

Tabelle 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2023	2024	2025	2026	2027
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	6,6	2,3	2,5	2,7	2,2
Konsumausgaben Staat	4,8	2,2	4,3	2,6	2,5
Anlageinvestitionen	5,8	2,2	2,4	3,2	2,3
Ausrüstungen	5,7	1,9	2,0	2,2	2,4
Bauten	7,8	2,9	3,1	4,2	2,5
Sonstige Anlagen	1,1	0,8	1,4	2,5	2,0
Ausfuhr	1,1	0,9	1,2	3,3	2,3
Einfuhr	-3,0	-0,4	0,8	4,2	2,6
Bruttoinlandsprodukt	7,2	3,1	3,0	2,5	2,2

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2964,5	3105,3	3224,0	3320,8	3437,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	390,2	411,4	440,0	455,1	469,4
Bruttolöhne und -gehälter	1845,6	1946,8	2032,1	2101,4	2167,8
Übrige Primäreinkommen	728,7	747,1	751,9	764,2	799,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	566,8	552,4	548,5	585,7	589,3
Nettonationaleinkommen	3531,4	3657,7	3772,5	3906,5	4026,5
Abschreibungen	858,0	887,6	918,3	956,2	1001,4
Bruttonationaleinkommen	4389,3	4545,3	4690,9	4862,7	5027,9
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	3182,8	3270,6	3368,3	3494,9	3610,9
Arbeitnehmerentgelt	2235,8	2358,2	2472,1	2556,5	2637,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	946,9	912,3	896,3	938,3	973,7
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	6,1	4,7	3,8	3,0	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	6,0	5,4	6,9	3,4	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	7,4	5,5	4,4	3,4	3,2
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland)	6,5	5,2	4,4	4,0	3,2
Übrige Primäreinkommen	3,0	2,5	0,6	1,6	4,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,6	-2,6	-0,7	6,8	0,6
Nettonationaleinkommen	5,4	3,6	3,1	3,6	3,1
Abschreibungen	7,5	3,5	3,5	4,1	4,7
Bruttonationaleinkommen	5,8	3,6	3,2	3,7	3,4
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	6,9	2,8	3,0	3,8	3,3
Arbeitnehmerentgelt	7,2	5,5	4,8	3,4	3,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,4	-3,7	-1,8	4,7	3,8

Tabelle 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1865,9	1974,9	2048,9	2123,7	2190,1
Nettolöhne und -gehälter	1284,4	1355,1	1402,9	1449,3	1492,2
Monetäre Sozialleistungen	742,0	791,6	835,1	871,3	898,8
verbrauchsnahe Steuern	160,5	171,8	189,1	196,9	200,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	728,7	747,1	751,9	764,2	799,9
Sonstige Transfers (Saldo)	-123,4	-131,9	-137,9	-139,3	-141,3
Verfügbares Einkommen	2471,2	2590,2	2662,9	2748,6	2848,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,7	61,4	61,7	62,7	64,6
Konsumausgaben	2274,3	2359,2	2449,1	2528,7	2614,1
Sparen	257,5	292,3	275,5	282,6	299,3
Sparquote	10,2	11,0	10,1	10,1	10,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	8,7	5,8	3,7	3,7	3,1
Nettolöhne und -gehälter	9,4	5,5	3,5	3,3	3,0
Monetäre Sozialleistungen	7,0	6,7	5,5	4,3	3,1
verbrauchsnahe Steuern	7,2	7,1	10,1	4,1	2,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,0	2,5	0,6	1,6	4,7
Verfügbares Einkommen	6,6	4,8	2,8	3,2	3,6
Konsumausgaben	6,3	3,7	3,8	3,3	3,4
Sparen	7,7	13,5	-5,8	2,6	5,9

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Tabelle 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	962,8	997,2	1031,5	1070,6	1121,8
Sozialbeiträge	710,8	756,7	823,1	854,9	881,5
Vermögenseinkommen	32,2	33,7	30,0	29,4	30,5
Sonst. lfd. Übertragungen	30,9	31,5	30,9	32,3	32,8
Vermögenstransfers	22,3	22,0	25,2	23,2	24,2
Verkäufe	175,5	187,1	197,0	204,2	210,4
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1934,9	2028,3	2137,9	2215,0	2301,4
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	267,7	282,2	288,5	301,4	312,5
Arbeitnehmerentgelt	340,9	357,9	383,8	396,0	408,9
Sonst. Produktionsabgaben	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	37,1	45,9	49,0	52,1	57,0
Subventionen	80,2	56,6	55,7	63,7	65,0
Monetäre Sozialleistungen	661,9	706,3	746,9	779,8	802,6
Soziale Sachleistungen	356,9	388,4	418,6	442,9	455,6
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	92,4	90,8	95,7	99,7	101,8
Vermögenstransfers	71,5	82,3	80,4	89,6	92,6
Bruttoinvestitionen	121,5	138,8	156,1	178,5	201,6
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	-0,6	0,0	-0,6	-0,5	-0,6
Ausgaben insgesamt	2029,9	2149,4	2274,4	2403,5	2497,4
Finanzierungssaldo	-95,0	-121,1	-136,5	-188,6	-196,0
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	-0,2	3,6	3,4	3,8	4,8
Sozialbeiträge	6,5	6,5	8,8	3,9	3,1
Vermögenseinkommen	62,4	4,5	-11,0	-1,7	3,5
Sonst. lfd. Übertragungen	7,7	1,7	-1,7	4,6	1,4
Vermögenstransfers	9,0	-1,6	14,8	-7,8	4,3
Verkäufe	7,6	6,6	5,3	3,7	3,0
Einnahmen insgesamt	3,8	4,8	5,4	3,6	3,9
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	3,7	5,4	2,2	4,5	3,7
Arbeitnehmerentgelt	6,1	5,0	7,2	3,2	3,2
Sonst. Produktionsabgaben	20,6	0,0	3,4	2,8	0,0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	32,4	23,6	6,8	6,4	9,3
Subventionen	35,7	-29,5	-1,5	14,4	2,0
Monetäre Sozialleistungen	7,1	6,7	5,8	4,4	2,9
Soziale Sachleistungen	1,9	8,8	7,8	5,8	2,9
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	-17,8	-1,7	5,4	4,2	2,1
Vermögenstransfers	-6,7	15,2	-2,4	11,5	3,3
Bruttoinvestitionen	4,2	14,2	12,5	14,3	13,0
Ausgaben insgesamt	4,7	5,9	5,8	5,7	3,9
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-2,2	-2,8	-3,0	-4,0	-4,0